

Politik für Menschen mit Behinderung

Zum Stichtag 31.12.2014 waren im Bezirk Tempelhof-Schöneberg 41.840 schwerbehinderte Personen mit einem Grad der Behinderung zwischen 50 und 100 Prozent registriert. Hinzu kommen weitere 19.758 Behinderte mit einem Grad der Behinderung von 20-40 Prozent. Damit ist Tempelhof-Schöneberg der Bezirk mit der höchsten Zahl von anerkannten Schwerbehinderten in Berlin.

Daher bleibt für die CDU die Politik für Menschen mit Behinderung ein wichtiger Bestandteil der Gesundheits- und Sozialpolitik. Auch wenn wir schon einiges erreicht haben - vor allem bei der Herstellung von **Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden** -, wollen wir neben einem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit in öffentl. Gebäuden in den nächsten fünf Jahren folgende Aufgaben schwerpunktmäßig angehen:

Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung

In 11 Berliner Bezirken gibt es eine Beratungsstelle für körperlich und sinnesbehinderte Menschen und für Menschen mit Krebs und Aids/HIV-Erkrankungen (BfB). Diese sind im Gesundheitsamt angesiedelt und mit mehreren Sozialarbeitern, einer Verwaltungskraft und einem Amtsarzt/einer Amtsärztin ausgestattet. In unserem Bezirk gab es bislang eine „Soziale Beratungsstelle für Menschen mit Krebs-, Aids- oder HIV-Erkrankungen“, die Ende 2015 in „Beratungsstelle für behinderte und krebserkrankte Menschen und Aids“ umbenannt wurde. Offenbar gibt es dort keine ärztliche Leitung, auch fehlen ausreichend Sozialarbeiter. Für die Zielgruppe der Menschen mit körperlicher oder Sinnesbehinderung besteht daher kein qualifiziertes Beratungsangebot in Tempelhof-Schöneberg.

Die CDU fordert daher:

- Der gesetzliche Auftrag ist endlich zu erfüllen und eine komplett eingerichtete **Behindertenberatungsstelle mit qualifiziertem Personal** analog zu allen anderen Berliner Bezirken einzurichten.
- Im Geschäftsbereich der Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderung ist zu überprüfen, ob der Stellenansatz ausreicht und ob die vorgesehenen Stellen auch besetzt sind. Falls nein, ist hier dringend nachzusteuern.
- **Seh- und hörbehinderte Menschen** sind in den Gebäuden des Bezirks besser zu unterstützen (Durchsagen in Fahrstühlen, Braille-Schrift auf Schildern, induktive Höranlagen etc.).
- Die Internetseiten des Bezirks sollen auch Menschen mit Behinderungen voll zur Verfügung stehen, die Seiten sollen deshalb nach BITV 2.0 barrierefrei gestaltet werden.
- Es ist ein Verzeichnis aller **Parkplätze im öffentlichen Straßenland für Menschen mit Behinderungen** zu erstellen, denn Menschen mit Behinderungen haben es besonders schwer, im Straßenverkehr passende Parkplätze zu finden.
- Begegnungszonen wie die in der Maaßenstraße stellen vor allem für blinde Menschen eine große Herausforderung dar. Wir wollen deshalb, dass bei der zu erfolgenden Evaluation der Begegnungszone in der Maaßenstraße auch die Auswirkungen für Menschen mit Behinderung einbezogen werden. Hierbei sollten auch externe Experten einbezogen werden.

